

Internet: www.ln-online.de

Riesige Zustimmung nach Nazi-Demo-Verbot

Lübeck - Kirchen, Gewerkschaften, Lübeck - Gegendemonstranten, Kaufleute, Senioren und Politiker fordern die Untersagung des „Trauermarsches“ schon länger und loben die Verwaltung.

Kurz bevor Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) und Innensenator Bernd Möller (Grüne) gestern das Verbot des sogenannten Trauermarsches der Rechten verkündeten, machten hochrangige Persönlichkeiten per Resolution Druck.

[Kommentar: Warum Lübeck keine Aufmärsche der Neonazis duldet](#)

„Demonstration in Lübeck verbieten!“, forderten Innenminister Klaus Schlie, DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn, der Unternehmerpräsident Uli Wachholtz, Cebel Kücükkaraca von der Türkischen Gemeinde, die Bischöfe der evangelischen Kirche sowie der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Walter Blender.

Auftrag erledigt. Saxe und Möller, die noch vor Monaten erhebliche Bedenken gegen eine Untersagung hatten, sprachen nunmehr von einer alternativlosen Entscheidung. Saxe: „In diesem Jahr gibt es keine Alternative zu einem Verbot der Veranstaltung.“ Möller: „Wir haben jetzt eine andere Gemengelage.“ Dank der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Landes habe man neue Erkenntnisse gewonnen.

„Unsere Forderung nach einem Verbot ist auf fruchtbaren Boden gefallen“, erklärte Pröpstin Petra Kallies. Die Aufdeckung der Mordserie der Zwickauer Zelle habe dazu beigetragen, die Lage neu einzuschätzen. Als großartig und mutig bezeichnete Olivia Kempke vom Lübeck-Management die Entscheidung der Verwaltung: „Durch die Bevölkerung geht ein Ruck.“ Nach dem Terror der Zwickauer Zelle sei die Lübecker Entscheidung „ein wichtiges Signal“, erklärte der Lübecker DGB-Chef Andreas Sankewitz. Auch 2011 hätte es bereits Ansatzpunkte für ein Verbot gegeben. „2010 und 2011 wäre ein Verbot rechtlich möglich gewesen“, ist auch Christoph Kleine vom Bündnis „Wir können sie stoppen“ überzeugt. Kleine lobte, dass die Verwaltung nicht nur nach formalen, sondern auch inhaltlichen Gründen für eine Untersagung des rechten Aufzuges gesucht hat. Die SPD freut sich mit den Bürgern von St. Lorenz Nord, „die zum ersten Mal seit drei Jahren am 31. März nicht in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden“.

Das Bündnis „Wir können sie stoppen“ sowie die Initiative „Lübeck ist weltoffen“ mobilisieren trotz des Verbots die Bürger. Das Verbot könne vor Gericht noch scheitern, sagte Bündnissprecher Kleine, „so dass Zivilcourage wieder gefordert ist“. Nach Angaben der Verwaltung sind zehn Veranstaltungen am 31. März angekündigt. Sogar der Seniorenbeirat der Hansestadt ruft die Lübecker auf, an den Demonstrationen und Kundgebungen teilzunehmen. „Rechtsextremistischen Gruppen muss der Boden entzogen werden“, sagte der Seniorenbeirat, „ein bloßes Ignorieren des Aufmarsches ist zu wenig.“

Quelle:

<http://www.ln-online.de/lokales/luebeck/3395221/riesige-zustimmung-nach-nazi-demo-verbot>